

Umfrage: Mehrheit der Deutschen hält Bundesrepublik für ungerecht

Berlin, 23.03.2014, 02:00 Uhr

GDN - Die Deutschen halten die Bundesrepublik laut einer Umfrage für ein ungerechtes Land und wünschen sich mehr soziale Gerechtigkeit. Die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung wie der gesetzliche Mindestlohn, die Renten- oder Arbeitsmarktreformen gingen deshalb in die richtige Richtung.

Dies geht aus einer repräsentativen Allensbach-Umfrage zur sozialen Gerechtigkeit anlässlich des Wirtschaftsgipfels der "Welt" hervor. Laut Umfrage, die der "Welt am Sonntag" vorliegt, finden 59 Prozent der Befragten, dass es in Deutschland nicht gerecht zugeht. Nur 21 Prozent halten Vermögen und Verdienst für fair verteilt. 52 Prozent halten es deshalb für wichtiger, die soziale Gerechtigkeit zu erhöhen, als den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken. Nur 26 Prozent sprechen sich dafür aus, lieber die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu steigern. Die geplanten Maßnahmen von Schwarz-Rot werden das Land nach Ansicht der Bürger gerechter machen: 79 Prozent finden, die Aufstockung der Rente von Geringverdienern fördere die soziale Gerechtigkeit. Der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro die Stunde wird laut 78 Prozent der Befragten den sozialen Frieden erhöhen. Rund 70 Prozent finden jeweils, die Rente mit 63 und die frühere Gleichstellung von Leiharbeitern mit regulären Arbeitnehmern würden die Situation verbessern. Dazu passt: 91 Prozent sehen soziale Gerechtigkeit nur dann als erfüllt an, wenn ein Beschäftigter von seinem Lohn leben kann. 90 Prozent, wenn alle Kinder die gleichen Chancen auf eine gute Schulbildung haben. 77 Prozent halten eine Grundsicherung für jeden Bürger für unverzichtbar. 70 Prozent der Menschen legen aber auch Wert darauf, dass sich mehr Leistung lohnt. Besonders wichtig ist den Deutschen die Facette der Chancengerechtigkeit. Deutlich dahinter rangieren Leistungs- und Familiengerechtigkeit mit dem gleichen Wert auf Platz zwei. Danach folgt Generationengerechtigkeit und erst an letzter Stelle kommt Verteilungsgerechtigkeit. Konkret sollte die Bundesregierung nach Ansicht der Bürger vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, um Chancengerechtigkeit zu fördern. 71 Prozent halten dies für notwendig. 70 Prozent finden, Schüler müssten besser auf das Berufsleben vorbereitet werden. 56 Prozent fordern, Kinder schon im Vorschulalter besser zu fördern. Mit dem derzeitigen Steuersystem sind die Deutschen im Großen und Ganzen dagegen zufrieden. 49 Prozent finden zwar das derzeitige System nicht gerecht. Allerdings ist der Wert deutlich gefallen: 2008 waren es noch 78 Prozent. Auch die Belastung von Spitzenverdienern hält eine Mehrheit für ausreichend. 40 Prozent finden, die Höhe des Spitzensteuersatzes sowie der Reichensteuer seien angemessen. 32 Prozent halten die Belastung für Gutverdiener für zu niedrig, zwölf Prozent für zu hoch. Der Spitzensteuersatz von 42 Prozent greift derzeit ab einem Jahreseinkommen von rund 53.000 Euro, der Reichensteuersatz von 45 Prozent ab 250.000 Euro. 36 Prozent aller Deutschen fordern die Abschaffung der Erbschaftsteuer. Hier schlägt der deutsche Fiskus im internationalen Vergleich allerdings eher zurückhaltend zu.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-32008/umfrage-mehrheit-der-deutschen-haelt-bundesrepublik-fuer-ungerecht.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com